

Grüne und SPD werfen Regierung Missachtung vor

Anfragen von Abgeordneten werden zu spät beantwortet. Brandbrief an den Landtagspräsidenten

Von Matthias Korfmann

Düsseldorf. Die Opposition im Landtag wirft der Regierung vor, das Fragerecht der Abgeordneten zu missachten: Ihre Anfragen würden oft gar nicht, zu spät oder spärlich beantwortet, wettern die Grünen. Zwei Parlamentarier drohen mit Klage. Sie haben einen Brandbrief an Landtagspräsident André Kuper geschrieben, der dieser Zeitung vorliegt.

Dreimal hat Horst Becker (Grüne) die Regierung gefragt, wann genau die Ehrenkommission berufen wurde, die die Nebentätigkeiten von Ministern überprüft. Eine befriedigende Antwort hat es nach den ersten beiden Fragen aus Beckers Sicht nicht gegeben. Nur die Auskunft, die Kommission sei von Laschet „binnen einer Zeitspanne berufen worden, die nicht von dem Zeitraum meiner Amtsvorgängerin abwich“. Sollte Frage Nummer drei wieder ins Leere laufen, erwägen die Grünen „rechtliche Schritte“. „Wir sehen hier die Rechte des Abgeordneten, aber auch die Rechte des gesamten

Parlaments verletzt“, heißt es in dem Hilferuf, den Horst Becker und die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Fraktion, Verena Schäffer, an Kuper geschickt haben.

Antworten kommen zu spät

Grüne und SPD werfen der Regierung außerdem vor, sie lasse sich zu viel Zeit für die Antworten. Manchmal sogar acht statt der erlaubten vier Wochen. So dauerte es zwei Monate, bis eine Grünen-Anfrage nach den politischen Nebentätigkeiten von Justizminister Peter Biesenbach (CDU) beantwortet wurde. Die Antwort kam erst, als Biesenbach sein kommunalpolitisches Engagement beendete. „Ich habe den Eindruck, dass die Regierung manche Anfragen gar nicht beantworten will. Geradezu unverschämt ist es – wie bei der Anfrage zum Fall Biesenbach – wenn die Regierung mit ihrer Antwort so lange wartet, bis sich die Frage praktisch erledigt hat“, ärgert sich Verena Schäffer. Ex-Justizminister

Thomas Kutschaty, heute SPD-Fraktionsvize, kritisiert, viele Antworten seien „kurz, rotzig und schnodderig“. Und mehr als 50 Prozent der Antworten auf SPD-Anfragen kämen außerhalb der Vier-Wochen-Frist an. Die „Kleine Anfrage“ gehört zu den wichtigsten Rechten der Abgeordneten und dient der Kontrolle der Regierung. Diese ist verpflichtet, sich den oft sehr kritischen Fragen zu stellen.

Die Regierung deutete an, dass auch unter Rot-Grün nicht jede Frage pünktlich und umfassend beantwortet worden sei. „Die Fristentreue der neuen Landesregierung hinsichtlich der Beantwortung Kleiner Anfragen konnte im Vergleich zur Vorgängerregierung bisher nur leicht verbessert werden“, sagte ein Regierungssprecher. Durch eine „stärkere digitale Gestaltung der Verfahrensabläufe“ solle künftig bei der Beantwortung Zeit gespart werden. Erhoffter Effekt: mehr Zeit für die Inhalte und mehr Tempo.

Westfälische Nachrichten vom 16.11.2017, S. 6

Groschek geht aus dem Rennen

DÜSSELDORF. Im Rennen um einen Platz im engsten Führungszirkel der SPD gibt NRW-Parteichef Michael Groschek seine Ambitionen auf. Er werde nicht mehr als Stellvertreter des Bundesvorsitzenden Martin Schulz kandidieren. Der kommt wie auch der Schatzmeister der Bundespartei, Dietmar Niethan, aus NRW. Groschek begründete seinen Verzicht allerdings mit einem Männer-Überschuss unter den Kan-

didaten: „Inzwischen ist klar, dass an Männern in der Parteispitze kein Mangel herrschen wird“, erklärte Groschek. „Deshalb verzichte ich auf die Kandidatur zum Stellvertreter und bin froh, dass mehr Frauen für den Vorstand kandidieren.“ Neben Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin in Mecklenburg-Vorpommern, kandidiert auch ihre rheinland-pfälzische Amtskollegin Malu Dreyer erneut. Zudem

tritt erstmals die bayerische SPD-Spitzenkandidatin Natascha Kohnen an. Bei den Männern gelten Hamburgs Regierender Bürgermeister Olaf Scholz, der Hesse Thorsten Schäfer-Gümbel und Ralf Stegner (Kiel) als gesetzt.

Die NRW-SPD hat noch Generalsekretärin Svenja Schulze und die Bielefelder Bundestagsabgeordnete Wiebke Esdar für den Bundesvorstand nominiert.